

Stadtarchiv Ratingen

Projekt: Zeitenblicke. Alltag und Politik in der Weimarer Republik im Spiegel der
Lokalpresse

Ratingen in der Weimarer Republik (1918-1933)

Ekaterine Horn

Inhaltsverzeichnis

1. Die politische Neuorientierung – Von der Novemberrevolution bis nach dem Kapp-Putsch (1918-1920)	3
2. Die französische Besetzung (1921-1925)	5
3. Die Zeit des kulturellen und politischen Aufbruchs (1925-1929)	7
4. Die Weltwirtschaftskrise und das Ende der Weimarer Republik (1929-1933)	8
5. Die Parteien	10
6. Die Reichstagswahlen von 20.05.1928, 14.09.1930 und 31.07.1932	12
7. Vorschläge zu gegenwartsrelevanten Themen	13

1. Die politische Neuorientierung – Von der Novemberrevolution bis nach dem Kapp-Putsch (1918-1920)

Die historischen Ereignisse der Weimarer Zeit reflektierten sich auch im lokalen Geschehnis der damaligen Kleinstadt Ratingen. Die von Wilhelmshaven und Kiel übergesprungene Matrosenmeuterei erfasste andere Städte Deutschlands und am 7. November 1918 auch die Garnison in Köln. Von dort aus griff der Funke der Revolution auf das rheinisch-westfälische Industriegebiet über.

Obwohl Ratingen nicht zu den Mittelpunkten aufständischer Bewegungen gehörte, wurde es durch seine Lage zwischen dem Ruhrgebiet und Köln von der revolutionären Stimmung erfasst. Am Vorabend der Proklamation der Republik von Gustav Stresemann am 9. November 1918 wurde das Ratinger Gefängnis okkupiert und die Gefangenen befreit. Nach der Ausrufung der Republik wurde auf der Versammlung der USPD am 9. November ein vierköpfiger Arbeiterrat gewählt, der nur aus Mitgliedern der USPD bestand. Nach den Ideen einer sozialistischen Revolution beanspruchten die Unabhängigen Sozialdemokraten die alleinige Führung. Die Bedeutung der im Reich dominierenden Mehrheitssozialdemokraten war in Ratingen unbedeutend. Der Arbeiterrat übernahm die Leitung der Stadt und regelte die Arbeiten. Um den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten, wurde eine Bürgerwehr von 14 Mann gebildet.

Am 12. November 1918 hatte Bürgermeister Jansen sich selbst und die Stadtverwaltung der Aufsicht des Arbeiterrates unterstellt. Da manche Bauern Lebensmittel auf dem Schwarzmarkt zu Höchstpreisen verkauften, wurde vom Arbeiterrat die Ware beschlagnahmt und die gepfändeten Güter mittellosen Kindern und Wöchnerinnen bereitgestellt. Er kümmerte sich um die Bleibe von zurückgekehrten, in Ratingen stationierten Soldaten. Zu seinem Aufgabenbereich gehörten auch wirtschaftliche Tätigkeiten, wie die Schaffung von Arbeitsplätzen für Ratinger heimkommende Soldaten und die Lieferung von Kohlen.

Ratingen wurde von einem von der USPD berufenen Arbeiterrat bis Ende Februar 1919 verwaltet. Der Ausschluss aller anderen Parteien sorgte für das tiefgründige Zerwürfnis zwischen den bürgerlich-konservativen und den sozialistischen Gruppierungen. Das Ergebnis der Reichstagswahl vom 19. Januar 1919 manifestierte jedoch in Ratingen, dass es keine Mehrheit mehr für eine Weiterführung der Revolution zu einem proletarischen Staat gab. Im Gegensatz zum Reich, in dem die USPD nur 7,6% erlangte, erhielt sie in Ratingen 38,2% der Stimmen. Das Zentrum, das in Ratingen 42,9% errang, ging als stärkste Partei hervor. Dieses Resultat zeigt, dass Ratingen von einem starken bürgerlich-konservativen und einem gleichermaßen proletarisch-sozialistischen Sozialmilieu geprägt war. Die Tatsache, dass

37,91% der Einwohner Ratingens Katholiken waren, die sich politisch vom Zentrum repräsentiert sahen, begründet den Wahlgewinn dieser Partei.

Nach der Meldung über die Ermordung der Führer des Spartakusbundes, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, riefen die Ratinger Arbeiter vom 17. auf den 18. Januar zu einem allgemeinen Streik auf. In der gleichen Nacht detonierte im Keller des Bürgermeisters eine Handgranate. Die weiteren Unruhen im Ruhrgebiet, wo die Arbeiter und Soldatenräte gegen den Willen der Regierung die Sozialisierung des Ruhrbergbaus anstrebten, erfassten auch Ratingen. Es gab immer wieder Einbrüche, bei denen Sprengstoff gestohlen wurde. Um die linksradikalen Aufstände zu vereiteln, marschierten Mitte Februar 1919 die Reichseinheiten und Freikorps ins Ruhrgebiet. Um die Kämpfe zu unterstützen und um die Regierungstruppen abzuweisen, wurden in Ratingen mehrere Personen bewaffnet und viele Autos beschlagnahmt. Am 28. Februar drangen die Regierungstruppen auch in Ratingen ein. Aufgrund der Einschränkung der Bewegungsfreiheit unter dem Besatzungskommando waren sie bei den Einwohnern unbeliebt.

Bei der demokratischen Neuwahl des Stadtrates vom 2. März 1920 errang das Zentrum 46,2% und damit fast die absolute Mehrheit. Zwar erreichte die USPD bei der anschließenden Neuwahl des Stadtrates 55,5%, verlor aber das Alleinrecht. Die Kommunalwahlen verfestigten diese Entwicklung auch landesweit. Der Beschluss der Stadtverordneten vom 25. Juli 1919 über den Ausschluss des Arbeiterrates von den Ratssitzungen, bedeutete die Auflösung des Arbeiterrates.

Streitigkeiten und Feindseligkeiten zwischen dem sozialistischen und dem bürgerlichen Lager in der Novemberrevolution mit der zweimaligen Stadtbesetzung durch die Regierungstruppen drückte die Stimmung der ohnehin kriegsmüden und ausgeschöpften Bevölkerung. Die Bekanntgabe der Bedingungen des Versailler Vertrages löste in Ratingen wie im ganzen Reich große Empörung aus. Nach dem Krieg herrschte soziale Not, große Teile des Mittelstandes waren verarmt. Die Leistungen der harten Reparationsforderungen waren nahezu unmöglich. Die umfangreichen sozialen Probleme übernahm das neu errichtete Wohlfahrtsamt, zu dessen Tätigkeitsbereich die Armenpflege, Kriegs- und Erwerbslosenfürsorge, die Wohlfahrtspflege für Wöchnerinnen, Waisen und Kleinkinder sowie die Arbeitsvermittlung für Erwachsene und Jugendliche gehörte.

Die Nachricht über den Kapp-Putsch in Berlin löste zunächst keine Unruhen in Ratingen aus. Der von der Regierung ausgerufenen Generalstreik führte auch hier zu massiven Arbeitsniederlegungen. Im Ruhrgebiet formierte sich dagegen eine "Rote Armee", die einige Wochen lang große Teile des Industriegebietes besetzt hielt und sich mit den von der

Regierung eingesetzten Freikorps blutige Gefechte lieferte. Der Ratinger Arbeiterrat unterstützte die Kämpfe im Ruhrgebiet durch den Transport von Waffen über Ratingen. Schließlich wurden starke Reichswehreinheiten zur Wiederherstellung der Ordnung eingesetzt, die gegen die Aufständischen teilweise mit brutaler Gewalt vorgingen. In Ratingen blieben blutige Zusammenstöße aus. Nach der Niederlage kam es auch hier zu Verhaftungen. Am 3. Mai 1920 wurde die Stadt erneut durch die Reichswehr besetzt. Die sozialen Probleme bestanden weiterhin, da wegen der anhaltenden alliierten Blockade eine Hungersnot herrschte. Die Lebensmittel waren abgemessen und konnten nur nach Aufruf des Lebensmittelamtes erhalten werden. Trotz der Überwachung durch das seit 1920 eingerichtete Wucheramt, das Preistreiberei und Schmuggel unterband, wurden 32 Fälle von Höchstpreisüberschreitungen gemeldet. Auch das Lebensmittelamt konnte nicht für eine gerechte Verteilung der geringen Nahrungsmittel sorgen. Es herrschten mangelhafte soziale Verhältnisse. Die Sicherstellung von Ernährung, Kleidung und Wohnung waren die Hauptprobleme, die die Lage der Bevölkerung noch schwerer machte.

2. Die französische Besetzung (1921-1925)

Als Deutschland die Wiedergutmachungsleistungen ablehnte, die 132 Milliarden Goldmark betrug, besetzten die französischen und belgischen Truppen im März 1921 Düsseldorf, einschließlich des gleichnamigen Landkreises, Duisburg und später Oberhausen und Mühlheim. Der Einmarsch in Ratingen folgte am 9. März. Die etwa 500 Soldaten wurden in zwei Schulen, 13 öffentlichen Sälen und 40 privaten Zimmern untergebracht. In zwei Erdgeschoßräumen war die Ortskommandantur platziert. Der Stadt wurde angeordnet, die französischen Truppen mit Möbeln auszustatten. Mehrere hundert Pferde der Soldaten wurden in den Schuppen der Ratinger Bauern und in den Lagerhallen der ortsansässigen Firmen untergebracht.

Da die Quartierungen der französischen Soldaten zwangsweise erfolgte, was der Bevölkerung unvermeidlich eine räumliche Einschränkung brachte, kam es häufig zwischen den Einwohnern und Franzosen zu gereizter Stimmung und Konflikten. Auch die Ratinger Bauern und Firmen klagten über die erzwungene Einquartierung von Soldaten und Tieren und beschwerten sich über Einnahmeverluste und Absatzschwierigkeiten.

Da die französische Militärbehörde eine Sperrstunde einführte, die in der Anfangsphase auf 22.30 Uhr reglementiert und ab 1. Februar 1923 auf 23.00 Uhr verlängert wurde, waren die Ratinger Einwohner noch zu weiteren Einengungen ihres öffentlichen und privaten Lebens genötigt. Gastwirtschaften und Theater mussten zu diesem Termin schließen. Nur Ärzte,

Hebammen und Geistliche, die einen besonderen Ausweis besitzen mussten, betraf diese Ausgangssperre nicht.

Die Befehle der Besatzer bestimmten das Leben der Bevölkerung. Politische Veranstaltungen und öffentlichen Versammlungen unterlagen der Meldepflicht, das Singen vaterländischer Lieder wurde verboten und das Flaggen nationaler Fahnen war erst nach Einwilligung des kommandierenden Generals erlaubt. Das Zusammenleben zwischen den Einwohnern und den Soldaten gestaltete sich konfliktreich. Es gab immer wieder Misshandlungen seitens der Besatzungssoldaten und Beleidigungen seitens der Bevölkerung, besonders schwere Vorfälle sind aber nicht registriert.

Durch die Einbeziehung eines Teils des Stadtgebiets in das französische Zollgebiet wurde Ratingen wirtschaftlich vom Reich abgeschnitten. Dies erschwerte die wirtschaftlichen Tätigkeiten und führte zu Einschränkungen in den Betriebsabläufen. Man befürchtete Betriebsstilllegungen, Entlassungen und Arbeitslosigkeit. Die besonderen Ein- und Ausfuhrlicenzen für den Personenverkehr, die benötigten Visa und die ständige Präsenz der militärischen Macht erschwerten die Situation. Die Inflation und die zunehmende Geldentwertung beeinträchtigten zusätzlich die wirtschaftliche Lage. Es folgten mehrere Arbeiterstreiks. Durch die Lohnerhöhungen erhofften die Beschäftigten die Kaufkraftverluste auszubalancieren.

Nach der französischen Besetzung des Ruhrgebiets im Januar 1923 befanden sich zeitweise 1.400 Soldaten in Ratingen. Obwohl die Stadt als Durchgangsstation ins Ruhrgebiet diente und das Militär sich dort nur kurz aufhielt, war das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und den Soldaten feindselig und gespannt. Nach dem Aufruf der Regierung zum passiven Widerstand, der den Eisenbahnern, Angestellten und Beamten jegliche Zusammenarbeit mit Franzosen verbot, antworteten sie jedem sich Verweigernden mit Strafen und Ausweisungen. Infolge der Arbeitsverweigerung wurden 33 Ratinger Eisenbahnerfamilien des besetzten Gebiets verwiesen. Neben den erheblichen Transportproblemen für die Bürger durch die Einstellung des Zugverkehrs, herrschten auch Auseinandersetzungen zwischen der Ratinger Stadtverwaltung und den französischen Behörden. Als Bürgermeister Scheiff nach Anordnung der vorgesetzten deutschen Behörden das Befolgen einer Requisitionsanweisung der neuen Eisenbahnregieverwaltung ablehnte, forderte der französische Oberkommandant einen Beschluss des Stadtrates zu diesem Vorfall zu veröffentlichen. Der Stadtrat akzeptierte die ablehnende Haltung des Bürgermeisters, die Franzosen führten später selbst die Requisitionen durch.

Die französische Ruhrbesetzung und der passive Widerstand hatten wie im ganzen Reich auch in Ratingen eine desaströse Wirkung. Die im Spätherbst 1921 aufgehobene und seit Februar 1923 wiedererrichtete Zollgrenze durch das Stadtgebiet führte zu einem erheblichen Rohstoffmangel. Es folgten massive Produktionsausfälle und Betriebsschließungen, die bis zum Herbst 1923 zu einem kompletten Zerfall der Ratinger Industrie führten.

Der totale wirtschaftliche Zusammenbruch ließ die Zahl der arbeitslosen und hilfsbedürftigen Menschen dramatisch ansteigen. Während im April 1923 beim Wohlfahrtsamt 218 Arbeitssuchende verzeichnet waren, verdoppelte sich diese Zahl bis September auf 471. Danach registrierte die Statistik einen drastischen Anstieg auf 1.021 im Oktober bis zum Spitzenwert von 3.138 im Januar 1924. Die Zahlen des Berichtsjahres 1923/24 demonstrieren die Dimension der wirtschaftlichen Not der Bürger: Bei 15.486 Einwohnern Ende März 1923 waren im Herbst 1923 mehr als ein Fünftel der Einwohner auf öffentliche Leistungen angewiesen.

Da die Wohlfahrtsleistungen zur Sicherung des notwendigen Existenzminimums nicht ausreichten, wurden in den Gemeinden Ratingen und Eckamp-Tiefenbroich je eine Notgemeinschaft gegründet. Alle Beamten, Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Verwaltung, der Industrie und des Handwerks sollten ein halbes Prozent ihres Monatsgehalts für Bedürftige bereitstellen. Ebenso Ärzte, Rechtsanwälte und Arbeitgeber sollten den gleichen Prozentanteil dazugeben. Insgesamt wurde die Notgemeinschaft durch 25 Verbandsvertreter aus der Ratinger Wirtschaft unterstützt.

Als im Herbst 1923 die Zahl der Arbeitlosen weiter anstieg und aufgrund der Inflation und der steigenden Preise die Armut der Bevölkerung dramatisch wuchs, wurden mit Hilfe der Spenden von Industrie und Landwirtschaft von den Stadtverwaltungen Ratingen und Eckamp 6 Notküchen eingerichtet. Sie blieben bis zum 20. Februar 1924 in Betrieb.

Mit der Einführung der Rentenmark im November 1923, die die Inflation bremste und der Bevölkerung ein spartanisches Existenzminimum gewährte, entspannte sich die wirtschaftliche und soziale Lage. Am 8. November 1924 rückte das seit Januar 1924 in Ratingen stationierte II. Bataillon des französischen Infanterieregiments ab. Der endgültige Truppenabzug der Franzosen folgte am 25. August 1925.

3. Die Zeit des kulturellen und politischen Aufbruchs (1925-1929)

Mit dem Abbruch des Ruhrkampfes, der gelungenen Währungsneuordnung und dem Ende der französischen Besetzung begann eine Phase der wirtschaftlichen Erholung. Den Höhepunkt einer kurzzeitig ansteigenden positiven Entwicklung bildete das 1926 erstmals in der

Geschichte Ratingens gefeierte Stadtjubiläum. Die für diese Feier veranlassten Maßnahmen, wie die Errichtung eines modernen Stadions, die Erneuerung der Badeanstalt an der Anger, die Erweiterung der beiden Krankenhäuser und des Gymnasiums, die Errichtung der Kriegergedächtnisstätte am Ehrenfriedhof Werdener Straße und des Heimatmuseums im Burghaus, markierten einen sowohl technischen als auch sozialen Progress. Neben zahlreichen zum Anlass des Stadtjubiläums organisierten kulturellen und sportlichen Veranstaltungen gab die Stadt eine Stadtgeschichte von den Anfängen bis 1815 heraus.

Das Stadtjubiläum wurde von den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und politischen Parteien sehr gegensätzlich empfunden. Die Festlichkeiten und Veranstaltungen wurden nach den Vorstellungen der bürgerlichen Mehrheit durchgeführt. Die Kommunisten, die gegen das Stadtfest waren, kritisierten die bei den Vorbereitungen angeschlagenen nationalen Töne und lehnten eine Teilnahme der proletarischen Schichten ab. Neben den Kommunisten waren auch die Sozialdemokraten gegen das Stadtjubiläum, die im Gegensatz zu Ersteren eine kooperative Position einnahmen. Eine Einigung bei der Gestaltung des Stadtjubiläums und die Durchführung einer Festveranstaltung der gesamten Ratinger Bevölkerung war nicht möglich, da die Differenzen der ideologischen Denkweise zwischen Linken und Rechten sehr groß war. Zum Kulturleben der Stadt gehörte die Gründung des Heimatvereines, der für das 1926 eröffnete Stadtmuseum, die städtische Stadtbücherei und das Stadtarchiv zuständig war. Das Anfang August gefeierte Schützenfest war neben der Kirmes das traditionelle Volksfest. Der Karneval, das volkstümliche Theater und die Musik gehörten zum kulturellen Leben der Ratinger Einwohner. Um 1925 gab es in der Stadt fünf regional bekannte Männergesangsvereine.

Ein besonderes Gelingen verzeichnete die Stadt bei der kommunalen Neugliederung 1930, in der sie ihre Selbständigkeit gegenüber Düsseldorf behielt und zusätzlich die Gebiete wie Tiefenbroich, Eckamp und Schwarzbach kassierte.

4. Die Weltwirtschaftskrise und das Ende der Weimarer Republik (1929-1933)

Der Zusammenbruch der New Yorker Börse am 25. Oktober 1929 war die Auslöser der Weltwirtschaftskrise, die Deutschland und seine Bevölkerung besonders hart traf. Wie im ganzen Reich führte die verschlechterte wirtschaftliche Lage auch in Ratingen zu Produktionseinstellungen und Firmenzusammenbrüchen. Die Massenarbeitslosigkeit, die eine beschleunigte Verarmung und soziale Not zur Folge hatte, war ein auf Dauer bestehendes Problem. Von Juli bis November 1930 verdoppelte sich die Zahl der Erwerbslosen. Im Februar 1931 war die Zahl der Arbeitslosen bereits auf über 3.000 gestiegen. Unter den fast

4.000 Wohlfahrtsempfängern Ende 1931 befanden sich 2.728 Wohlfahrtserwerblose und Zusatzunterstützungsempfänger, die über keinen oder nur geringeren Anspruch auf Arbeitslosengeld verfügten. Ihre Zahl stieg bis Ende 1932 auf 3.999 Personen an.

Die permanent schrumpfenden Steuereinnahmen und die stetig zunehmende Arbeitslosigkeit führten zu Kürzungen der von den Gemeinden erbrachten Unterstützungsleistungen, die weitgehend unter dem Existenzminimum lagen. Nach dem bald eintretenden Zusammenbruch der ausgeschöpften städtischen Finanzen herrschte überall Hungersnot. Das soziale Elend belastete die Bürger psychisch. Sie trafen sich auf öffentlichen Plätzen der Stadt und führten politische Diskussionen. Die materielle Knappheit, die Auswegs- und Hoffnungslosigkeit bereiteten den Boden für die demagogischen Parolen der links- und insbesondere rechtsradikalen Parteien.

Die NSDAP, die seit November 1925 in Ratingen Fuß fassen konnte, hatte im Ratinger politischen Umfeld keine Bedeutung. Durch die mangelhaften Führungskräfte gestalteten sich die Anfänge dieser Partei schwierig. Im Februar 1930 wurde die erste Ortsgruppe gegründet, die im Dezember 1930 40 Mitglieder zählte. Bei den Stadtratswahlen vom 13. Juli 1930 erlangte die örtliche NSDAP 7,0% der Stimmen und damit zwei Ratsitze im Stadtrat.

Um ihre Ideologie in den verschiedenen Bevölkerungsschichten auszubreiten, rollte die NSDAP eine vielfältige Propaganda aus. Ihre offensiven Werbeveranstaltungen fanden in den großen Sälen der Stadt statt. Aber ihre Wahlergebnisse waren im Vergleich zum Reich unterdurchschnittlich: Im September 1930 errang die NSDAP in Ratingen 11,0% und im Juli 1932 21,7%.

Die Zahl der Mitglieder wuchs langsam. Es wurden auch verschiedene nationalsozialistische Vorfeldorganisationen aufgebaut. Dem Wehrverband Sturm-Abteilung (SA) traten zugleich die fünf Parteigründungsmitglieder bei. Eine später gebildete Schutzstaffel (SS) hatte zehn Mitglieder. Zu der Ratinger NS-Frauenschaft gehörten Ende 1932 47 Frauen und Mädchen und die Ratinger Hitlerjugend (HJ) zählte 1933 50 Mitglieder. Die Mitgliederzahl der NSDAP stieg auf 84 an.

Der große politische Durchbruch gelang den Nationalsozialisten erst nach der "Machtergreifung". Der Reichstagsbrand vom 27. Februar leitete die Alleinherrschaft der NSDAP ein. Nach der faktischen Absetzung des Bürgermeisters folgte bis Juli die Auflösung aller übrigen Parteien, die NSDAP wurde alleinige Staatspartei.

5. Die Parteien

Rechte Flügel

- **Deutsche Volkspartei (DVP)**: Aus Anhängern des rechten Flügels der Nationalliberalen Partei ging die Deutsche Volkspartei hervor. Als monarchisch gesinnte Partei war sie Gegner der parlamentarisch-demokratischen Republik. Sie vertrat vorwiegend die Interessen der Großindustrie und des Großhandels. Gründungsmitglieder waren Hjalmar Schacht und Gustav Stresemann. Als Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstages wandte sich Stresemann von den Monarchisten ab und befürwortete die Weimarer Republik.
- **Deutschnationale Volkspartei (DNVP)**: Sie entstand aus der Vereinigung der ehemaligen konservativen Gruppen, der Deutschkonservativen, der Freikonservativen, sowie der Deutschvölkischen. Als Anhänger der Monarchie war sie antirepublikanisch und antidemokratisch bis sie 1928 unter ihrem neuen Vorsitzenden Alfred Hugenberg endgültig eine extrem rechtsradikale und den Weimarer Staat verneinende Position einnahm.
- **Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)**: Sie trat erst am Ende der 20er Jahre in Erscheinung. Als Deutsche Arbeitspartei 1919 gegründet, wurde sie nach dem Eintritt Adolf Hitlers in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei umbenannt. Sie kämpfte erbittert gegen die Republik und die Weimarer Parteien, die sich in dem für das Entstehen antidemokratischer und rassistischer Kampfgruppen günstigen Klima des Freistaates Bayern rasch ausdehnte. Nach dem Scheitern des Hitler-Putsches wurde die Partei verboten und blieb in den Jahren der Konsolidierung der Republik bedeutungslos. Die Parteiorganisation wurde allerdings auf Reichsebene neu aufgebaut und in den angeschlossenen Verbänden der SA und SS, sowie der Hitlerjugend straff gegliedert. Mit dem Ansturm der Rechtsopposition im Volksbegehren gegen den Youngplan und vor allem mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise setzte der Massenzulauf zur NSDAP ein. Bei den Reichstagswahlen vom 14.09.1932 wurde sie die zweitstärkste Partei und damit ein Machtfaktor im politischen Leben.

Linke Flügel

- **Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD)**: Sie spaltete sich 1917 von der SPD ab. Die USPD forderte die gewaltsame Errichtung einer Räterepublik nach russischem Muster, sowie die sofortige Vergesellschaftung der kapitalistischen Unternehmen und des Großgrundbesitzes. Alle Macht im Staat sollte auf die Arbeiter- und Soldatenräte übergehen. Sie lehnten die Republik und das parlamentarische System kompromisslos ab.
- **Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)**: Sie wurde durch den Zusammenschluss des Spartakusbundes mit den Bremer Linksradiكالen auf einem Parteitag vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 in Berlin gegründet. Die KPD entwickelte sich seit Mitte der 20er Jahre zu einer unter dem Diktat Moskaus stehenden Kaderpartei. Sie lehnte den Parlamentarismus grundsätzlich ab und betonte die internationale Solidarität des Proletariats. Nach ihrer Forderung sollte die kapitalistische Marktwirtschaft durch eine sozialistische Planwirtschaft ersetzt werden.

Demokratische Parteien

- **Sozialdemokratische Partei (SPD)**: Ziel dieser Partei war die Errichtung eines demokratisch-parlamentarischen Rechtsstaates nach westlichem Vorbild durch Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung. Die SPD war gegen jede Diktatur und jeden Putsch.
- **Das Zentrum**: Die Forderungen dieser Partei glichen denen der Bayerischen Volkspartei (BVP). Das Zentrum und die BVP strebten in erster Linie eine Absicherung der bürgerlichen Freiheiten im Rahmen christlicher Grundsätze und die Erhaltung der nach dem Solidaritätsprinzip dem Gesamtwohl der Gesellschaft untergeordneten Privatwirtschaft an. Beide Parteien plädierten für die föderalistische Ordnung des Reiches, wobei die BVP die Eigenstaatlichkeit Bayerns besonders betonte.
- **Deutsche Demokratische Partei (DDP)**: Diese linksliberale Partei entstand aus der bisherigen Fortschrittlichen Volkspartei. Sie berücksichtigte besonders die Belange des Mittelstandes und forderte einen demokratischen Staat des sozialen Rechts unter Beibehaltung der Privatwirtschaft und unter Einschränkung monopolartiger Herrschaftsmacht.

6. Reichstagswahlen von 20.05.1928, 14.09.1930 und 31.07.1932

	<u>20.05.1928</u>	<u>14.09.1930</u>	<u>31.07.1932</u>
KPD	54 (10,6%)	77 (13,1%)	89 (14,2%)
SPD	153 (28,7%)	143 (24,5%)	133 (21,5%)
DDP	25 (4,9%)	20 (3,7%)	4 (1,0%)
Zentrum	62 (11,9%)	68 (11,7%)	75 (12,4%)
DVP	35 (8,7%)	30 (4,5%)	7 (1,1%)
DNVP	73 (14,2%)	41 (7,0%)	37 (5,9%)
NSDAP	12 (<u>2,6%</u>)	107 (<u>18,3%</u>)	230 (<u>37,2%</u>)

7. Vorschläge zu gegenwartsrelevanten Themen

- Durch übermäßige Investitionen und Aktienkäufe verursachter Börsenzusammenbruch
- Weltwirtschaftskrise
- Internationale Finanzkrise, Bankenkollaps, Firmenzusammenbrüche
- Investitionsrückgänge, Produktionseinstellungen
- Massenentlassungen, Massenarbeitslosigkeit
- Generalsstreiks
- Hungersnot